

2

BESCHLUSS (RESOLUTIONS-) ANTRAG

der Landtagsabgeordneten Mag. Rüdiger Maresch (GRÜNE), Erich Valentin (SPÖ),
Rudolf Klucsarits (ÖVP) und Dr. Helmut Günther (FPÖ)
eingebracht in der Sitzung des Wiener Landtages am 26. Juni 2003
zu Post 2 der heutigen Tagesordnung

betreffend Anti-Atom Politik der österreichischen Bundesregierung

Magistratsdirektion der Stad. Wien
26. JUNI 2003
PGL/02964/2003/0001-LAT
Landtag, Gemeinderat
Landtagsverwaltung und Stadtsenat

BEGRÜNDUNG

Die kommenden Wochen und Monate werden entscheidend sein für die europäische Energie- und Anti-Atom Politik. Wesentliche Beschlüsse stehen in EU-Gremien an, Österreich ist gefordert, eine klare Haltung einzunehmen.

Vor allem die Zustimmung zu jeder weiteren Euratom-Krediterhöhung, wie sie von der Kommission in den nächsten Wochen in der Höhe von weiteren ein bis zwei Milliarden Euro zum Bau neuer Atomkraftwerke in Osteuropa geplant ist, darf durch Österreich keine Zustimmung im Ecofin-Rat erhalten. Weiters ist im Rahmen des EU-Reformkonvents eine Totalreform des Euratomvertrages und damit die Einleitung eines schrittweisen gesamteuropäischen Atomausstieges einzufordern. Derzeit soll nach dem vorliegenden Entwurf des Präsidiums des Konvents der Euratom-Vertrag sogar unverändert in der kommenden EU-Verfassung aufgenommen und damit in der EU die geltende Rechtslage zur einseitigen Förderung der Atomindustrie langfristig festgeschrieben werden.

Österreichs mittel- und osteuropäische Nachbarstaaten (Tschechien, Slowakei, Slowenien, Ungarn) werden in wenigen Monaten Teil der Europäischen Union sein. Die erfreuliche Mitgliedschaft dieser Staaten stellt eine neue Möglichkeit auf bi- und multilateraler Ebene dar, Ausstiegsgespräche zu beginnen und entsprechende konkrete Angebote zu formulieren, um den Ausstieg aus der Nutzung der Kernkraft in diesen Staaten voranzutreiben.

Die gefertigten Landtagsabgeordneten stellen daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Landtag der Stadt Wien folgenden

BESCHLUSSANTRAG:

Der Landtag wolle beschließen:

Die österreichische Bundesregierung und ihre VertreterInnen werden aufgefordert, im Zuge der anstehenden Entscheidungen auf europäischer Ebene eine klare AKW-kritische Haltung einzunehmen:

- Dazu gehört ein klares NEIN Österreichs bei der anstehenden Abstimmung im Ecofin-Rat über eine Aufstockung des derzeitigen Kreditrahmens zur Finanzierung weiterer AKW Bauten in Osteuropa.
- Gleichzeitig ist in diesem Rahmen Druck für die Beibehaltung des bisherigen Einstimmigkeitsprinzips im Ecofin Rat auszuüben.
- Bei den Arbeiten im EU-Reformkonvent und der darauf folgenden EU Regierungskonferenz ist dafür einzutreten, keinesfalls den Euratom Vertrag unverändert in die Verfassung der Europäischen Union aufzunehmen, sondern im Sinne eines schrittweisen europäischen Atomausstiegs jegliche Verankerung einer Förderung der Atomindustrie zu verhindern.
- Darüber hinaus gehend wird die österreichische Bundesregierung aufgefordert, bi- und multilaterale Gespräche mit den Nachbarstaaten über konkrete Ausstiegsszenarien aus der Nutzung der Kernenergie zu entwickeln, und entsprechende Ausstiegsangebote Österreichs zu formulieren.

In formeller Hinsicht beantragen wir die sofortige Abstimmung dieses Antrages.

Wien, am 26. Juni 2003

